

KoGIs
Kompetenzzentrum für die Gestaltung der Informationssysteme

Anforderungen der Ressorts zur Realisierung des bremischen Intranets

Zusammenfassung

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	2
1 Zusammenfassung.....	3
1.1 Bremische Bürgerschaft.....	5
1.2 Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa	5
1.3 Senatskanzlei.....	5
1.4 Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	5
1.5 Senator für Wirtschaft und Häfen.....	6
1.6 Senator für Justiz.....	7
1.7 Senatorin für Finanzen.....	7
1.8 Senator für Bildung und Wissenschaft.....	8
2 Vorschläge für das weitere Vorgehen	9
2.1 Szenario 1: Überarbeitung des Infosys mit Hilfe der KoGIs-Basismodule	9
2.2 Szenario 2: Zusammenführung des Infosys mit dem MiP	9
2.3 Szenario 3: Übertragung der KoGIs-Module fürs Intranet.....	10
2.4 Ausbaustufen der drei Szenarien.....	11

1 Zusammenfassung

Die Abschaltung des Intranets wird von fast allen Ressorts abgelehnt.¹ Begründet wird diese Aussage zum einen durch die (noch) vorhandenen Strukturprobleme sowie die Art der bereitgestellten Informationen.

Nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Zugang zum Internet. Dies gilt vor allem für Bereiche innerhalb der Polizei, der Krankenhäuser und der Finanzämter.²

Von allen Ressorts wurde zurück gemeldet, dass es Arten von Informationen gibt, die nicht „IFG-tauglich“ sind, ausschließlich für interne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bremischen Verwaltung oder derart zu schützen sind, dass sie nicht im Internet veröffentlicht werden sollen.

Genannt werden hierbei beispielsweise die folgenden Informationen:

- das elektronische Telefonbuch
- Verträge
- Preislisten (z.B. der Brekom)
- Beschaffungslisten
- KLR-Informationen
- Informationen des Personalrats, der Frauenbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung
- Protokolle
 - Abteilungsleiter-Sitzungen
 - Arbeitsschutz-Ausschuss
 - TUI-Ausschuss
- Wirtschaftlichkeitsrechnungen
- Zugangsdaten zur KIKOS-Wissensdatenbank
- Interne Schulungsunterlagen

Darüber hinaus gibt es ebenfalls Informationen, die ausschließlich in hausinternen Intranetumgebungen dargestellt werden sollten:

- Gefangenenstatistik
- Protokolle

Grundsätzlich sind einige der als intern gemeldeten Information doch nach dem BremIFG³ im Internet/IFG-Register zu veröffentlichen bzw. sind es sogar schon. Einige Informationen sind jedoch auch schwer zu beurteilen, da keine genauen Angaben gemacht wurden und bleiben so auch ggf. intern zu veröffentlichen. Informationen wie bspw. Zugänge zur KIKOS-DB sind eindeutig ausschließlich intern zu veröffentlichen.

Für Informationskategorien wie Protokolle (für ressortübergreifende, ständige Gremien wie bspw. den TUI-Ausschuss, AG Internet etc.) sind einheitliche Regelungen zu treffen, die

- Schwärzungen sensibler Daten im Nachhinein und
- den Umgang mit personenbezogenen Daten

¹ Das Ressort „Kultur“ hat sich nicht beteiligt.

² Auf der anderen Seite gibt es allerdings auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keinen Zugang zum Intranet haben wie beispielsweise große Teile der Universität. Diese Personengruppen wurden allerdings nicht genannt.

³ Bremische Informationsfreiheitsgesetz

regeln. Hier sind Vorlagen und Leitfäden im Projekt IFG zu regeln. Grundsätzlich werden aber auch hier sicherlich Einzelfallentscheidungen zu treffen sein.

Die **ausschließliche** Verlagerung der Informationen ins MiP oder in VISkompakt wird ebenfalls nicht befürwortet, da diese Portale (noch) nicht flächendeckend eingeführt wurden und damit keine äquivalente Alternative darstellen.

Von fast allen Dienststellen wird die Fortführung des Infosys als zentrales Einstiegsportal für verwaltungsinterne Informationen befürwortet. Eine Abschaltung des Infosys sollte nur dann erfolgen, wenn sicher gestellt ist, dass die enthaltenen Inhalte in anderen internen Systemen verortet werden und der uneingeschränkte Zugang im gleichen Sinne gewährleistet ist. In diesem Fall wird angeregt, dass die Redakteurinnen und Redakteure selbst über die Verortung entscheiden.

Diese Aussagen resultieren vor allem daher, dass

1. es Informationen gibt, die nicht im Internet veröffentlicht werden dürfen bzw. sollen. Zu nennen wären hierbei Verträge, länderübergreifende Informationen, interne Protokolle und Regelwerke,
2. die Systeme VISkompakt und MiP bislang nicht flächendeckend in der bremischen Verwaltung im Einsatz sind bzw. bestimmte Gruppen (z.B. Abgeordnete und Fraktionen) keinen Zugriff auf diese Systeme haben,
3. die Systeme VISkompakt und MiP eine zusätzliche Anmeldung und Schulung der zahlreichen Redakteure erforderlich machen würde,
4. sowohl das Infosys wie auch das MiP nicht barrierefrei nach BremBITV sind,
5. die Arbeit bzw. der Umgang mit den beiden Systemen VISkompakt und MiP im Gegensatz zu den KoGIs-Modulen als sehr umständlich beurteilt wird und
6. die Redakteure im Umgang mit den KoGIs-Modulen durch das KoGIs-Team dauerhaft gut betreut werden.

Ebenfalls einig sind sich die Ressorts darüber, dass die Informationen **zusammengeführt** werden müssen und nicht redundant an verschiedenen Stellen manuell eingepflegt werden dürfen.

Vorstellbar wäre durchaus die Zusammenführung von MiP und Infosys, weil damit **ein** zentrales Einstiegsportal geschaffen werden könnte, das den Mitarbeitern der bremischen Verwaltung einen **Gesamtüberblick** über die bereitgestellten Informationen ermöglicht.

Dazu müssen diese beiden Systeme allerdings grundlegend überarbeitet werden, vor allem das MiP scheint in der jetzigen Form für das dauerhafte Pflegen von Inhalten nicht geeignet zu sein und sollte den KoGIs-Modulen entsprechend angepasst werden.

Zusätzlich müssten die Anwendungen aus dem Infosys übernommen werden. Dazu gehört vor allem das elektronische Telefonbuch, der Abo-Dienst und „Die letzten X Dokumente“ oder „Die Dokumente der letzten X Tage“.

Einige Ressorts haben über das zentrale Informationsportal hinaus den Wunsch, analog zu den Webauftritten, eigene Intranetauftritte anhand der KoGIs-Basismodule zu erstellen und mit weiteren Anwendungen zu füllen. Zu nennen wären hierbei Justiz sowie Wirtschaft und Häfen und bereits zuvor gemeldete Bedarfe aus nachgeordneten Dienststellen (ASV und AFZ). Das Bildungsressort nutzt die KoGIs-Basismodule bereits im Intranet.

Die Möglichkeit, die Informationen im Internet innerhalb einer **geschlossenen Benutzergruppe** zu veröffentlichen, wurde vor allem aus dem Grund von vornherein nicht in Betracht gezogen, weil die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer dieses Moduls bislang sehr umständlich händisch in das System eingegeben werden müssen. Ggf. müsste diese Möglichkeit mit den Ressorts erneut erörtert werden.

Im Folgenden sollen die Meldungen der Ressorts in dieser Hinsicht kommentiert werden. Ob dies auch aus Gründen der Nutzungsfreundlichkeit immer sinnvoll ist, bleibt bei dieser Betrachtung außen vor und sollte noch entschieden werden.

1.1 Bremische Bürgerschaft

Genannte Dokumente und Inhalte	Einschätzung im Rahmen des BremIFG
Hauptsächlich werden Amtsblätter, Gesetzblätter und das Beiblatt zum Amtsblatt von den Mitarbeitern abgefragt. Sehr wichtig sind Vordrucke/Formulare, Rundschreiben der Senatorin für Finanzen, Informationen des GPR und zur Aus- und Fortbildung.	Gerade gesetzliche Vorschriften sind bereits im Vorschriftenportal und im Informationsregister zur Verfügung gestellt, ebenso die Rundschreiben der Senatorin für Finanzen. Die Informationen des GPR sind ebenfalls auf den Seiten des GPR und im Informationsregister vorhanden. Vordrucke und Formulare könnten aus Datenschutzgründen (da noch nicht ausgefüllt) auch im Internet veröffentlicht werden.
Die bisherigen Ausführungen betreffen die Mitarbeiter der Verwaltung der Bürgerschaft. Bei der Diskussion um InfoSys dürfen aber nicht die Abgeordneten und Fraktionen vergessen werden, die auch Zugriff auf InfoSys haben. Ihnen steht kein MIP und kein Viskompakt zur Verfügung.	Einschätzung im Rahmen des BremIFG: um den Abgeordneten und Fraktionen gerecht zu werden, sollte die Veröffentlichung im Internet stärker berücksichtigt werden.

1.2 Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa

Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.

1.3 Senatskanzlei

Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.

1.4 Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Genannte Dokumente und Inhalte	Einschätzung im Rahmen des BremIFG
Alle Grundsatzinformationen unter „Aktuelles“.	Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.
Beiblätter	Veröffentlichung im IFG.
Wirtschaftlichkeitsberechnung der SF	Der Vorschlag, diese auf der Internetseite von SF zu veröffentlichen, sollte auch die Veröffentlichung im Register beinhalten.
Ergebnisvermerke der TUI- Ausschusssitzungen	Hier muss eine grundlegende Entscheidung für Protokolle entwickelt werden.

Genannte Dokumente und Inhalte	Einschätzung im Rahmen des BremIFG
Alle Vordrucke für den Personalbereich (Verträge)	Vordrucke und Formulare könnten aus Datenschutzgründen (da noch nicht ausgefüllt) auch im Internet veröffentlicht werden.
Dienstvereinbarungen GPR	Die Informationen des GPR sind ebenfalls auf den Seiten des GPR und im Informationsregister vorhanden.
Schulungsunterlagen AFZ	Diese sind ja bereits auf den Seiten des AFZ und könnten somit auch ins Register.
RS der SF in Personalsachen	Die Rundschreiben von SF sind bereits im Vorschriftenportal veröffentlicht, zu prüfen bleiben die Rundschreiben, die sich auf Personalangelegenheiten beziehen.
Arbeitsanleitungen, Dienstanweisungen	Diese sind teilweise bereits im Register veröffentlicht.
KLR- Infos	Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.
Haushalt	Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.

1.5 Senator für Wirtschaft und Häfen

Genannte Dokumente und Inhalte	Einschätzung im Rahmen des BremIFG
Personalratsinformationen, Frauenbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung	Diese sind teilweise bereits im Register veröffentlicht. Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.
ALS-Protokolle (Abteilungsleiter-Sitzungen)	Hier muss eine grundlegende Entscheidung für Protokolle entwickelt werden.
ASA-Protokolle (Arbeitsschutz-Ausschuss)	Hier muss eine grundlegende Entscheidung für Protokolle entwickelt werden.
Hausverfügungen	Wenn damit Dienstanweisungen gemeint sind, sind diese teilweise bereits im Register veröffentlicht.
Org. Regelungen	Wenn damit Dienstanweisungen gemeint sind, sind diese teilweise bereits im Register veröffentlicht.

1.6 Senator für Justiz

Genannte Dokumente und Inhalte	Einschätzung im Rahmen des BremIFG
Informationen des PR, der Frauenbeauftragten und des Schwerbehindertenbeauftragte	Diese sind teilweise bereits im Register veröffentlicht. Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.
Protokolle aus AL-Sitzungen	Hier muss eine grundlegende Entscheidung für Protokolle entwickelt werden.
Gefangenenstatistik	Wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, ist dies keine IFG-Information. Ggf. müssten konkretere Angaben gemacht werden.
Benchmarking (Ländervergleich)	Diese sind teilweise bereits im Register veröffentlicht (bspw. eine vergleichende Betrachtung der Haushaltsentwicklungen in den Ländern und ihren Gemeinden)

1.7 Senatorin für Finanzen

Genannte Dokumente und Inhalte	Einschätzung im Rahmen des BremIFG
Informationsmaterial zum Jobticket, zu Post- und Botendiensten	Reines Informationsmaterial sollte im IFG-Register veröffentlicht werden können.
Amts- Gesetzesblätter und das Beiblatt zum Amtsblatt im Original	Dies bedingt eine doppelte Datenhaltung, da diese Dokumente im Vorschriftenportal veröffentlicht werden und dort bspw. auch ausgedruckt werden können
Formulare der LHK, die ebenfalls für Schulungen verwendet werden	Vordrucke und Formulare könnten aus Datenschutzgründen (da noch nicht ausgefüllt) wohl auch im Internet veröffentlicht werden.
Dokumente: LGP, Bev-Prognose, Arbeitsmarkt usw.. unterhalb des Menüpunktes Senatsangelegenheiten - Integrierte Zukunftsplanung –	Hier befinden sich nur Statistiken, Arbeitsmarkt-bilanzen etc., die sowieso veröffentlicht werden und so auch ins Internet können und ins IFG sollten.
Dokumente unterhalb des Menüpunktes Aktuelles - Benchmarking (ohne Benchmarkingberichte)	Hier befinden sich nur Statistiken, Zeitreihen etc., die –allerdings nur meine Vermutung- sowieso veröffentlicht werden und so auch ins Internet können und ins IFG sollten.
Dokumente unterhalb des Menüpunktes Dienststellen - Senator für Finanzen - Wirtschaftlichkeitsrechnungen	teilweise (Leitfäden) IFG-veröffentlichungswürdig
Hafa-Berichtsbitten, Hafa-Verfahrensordnung	müsste geklärt werden, aber gerade die Verfahrensordnung müsste wohl zu veröffentlichen

Genannte Dokumente und Inhalte	<i>Einschätzung im Rahmen des BremIFG</i>
	sein.
externe Materialien die zentral eingestellt aber ressortübergreifend genutzt werden, z. B. der Ordner Gender Mainstreaming (als Hilfestellung und für das schnellere Auffinden von Informationen für die Genderbeauftragten der Ressorts), KGSt-Infos, Kikos-Newsletter	diese Informationen sind teilweise bereits auf den Interseiten, können aber grundsätzlich immer im Internet veröffentlicht werden.
Dokumente des Tul-Ausschusses (Protokolle, Unterlagen zu Projekten etc.)	Hier muss eine grundlegende Entscheidung für Protokolle entwickelt werden.

1.8 Senator für Bildung und Wissenschaft

Keine konkrete Aussage zu Informationstypen.

2 Vorschläge für das weitere Vorgehen

2.1 Szenario 1: Überarbeitung des Infosys mit Hilfe der KoGIs-Basismodule

Die Aufrechterhaltung eines zentralen Einstiegsportals wird von fast allen Ressorts befürwortet. Wenn die Trennung zwischen Infosys und MiP weiter erhalten bleiben sollte, müsste das Infosys beispielsweise in Hinblick auf die Einhaltung der BremBITV überarbeitet werden und könnte dauerhaft von den KoGIs-Weiterentwicklungen profitieren. Dabei sind folgende Schritte vorstellbar:

1. Überarbeitung des Infosys mit Hilfe der KoGIs-Basismodule
 - a. Neubeschaffung eines Intranetservers (besser: zwei Server im Cluster, die sich gegenseitig vertreten können)
 - b. Installation der Server analog zu den KoGIs-Servern (FAUNA I und II bzw. FLORA)
 - c. Sicherstellung des Betriebs, der Administration, Datensicherheit und Datenschutz ggf. durch externe Betreiber (Bremen Online GmbH und Brekom), optimalerweise geregelt durch ITIL-konforme SLA
 - d. Installation einer KoGIs-Instanz für das Infosys
2. Neukonzeption und -gestaltung des Infosys
 - a. Dabei Zusammenarbeit mit einer kleinen Gruppe der Redakteurinnen und Redakteuren
 - b. Ggf. Zusammenarbeit mit externen Agenturen und Institutionen:
 - i. Ifib: Qualitätssicherung der Usability und Barrierefreiheit
 - ii. Six Offene Systeme: Qualitätssicherung der einzelnen Anwendungen und Performance
 - iii. ZGF: Überprüfung und Qualitätssicherung in Hinblick auf die gendergerechten Kriterien
 - iv. KoGIS: Überprüfung und Qualitätssicherung der Kriterien des einheitlichen Informationsmanagement
3. Überarbeitung und Übernahme der alten Anwendungen, dabei Prüfung der Möglichkeiten, ob Daten (wie beispielsweise aus dem elektronischen Telefonbuch) automatisiert aus anderen Anwendungen importiert werden können, um Datenredundanzen und mögliche Fehlerquellen zu vermeiden.
Offenes Arbeitspaket: Analyse der Anwendungen, Aufwandsabschätzung für die Realisierung
4. Umsetzung eines neuen Rechte- und Rollenkonzeptes für die Dienststellenredakteurinnen und -redakteuren. Der KoGIs-Modulbaukasten sieht aktuell noch eine sehr flache Hierarchie hinsichtlich der Rechte und Rollen vor und müsste für die Bedürfnisse des Infosys entsprechend angepasst werden.
Offenes Arbeitspaket: Konzepterstellung, Aufwandsabschätzung für die Realisierung

Zusätzlich zu Punkt 1 muss hierbei überprüft werden, ob sich das Infosys unbedingt im Intranet befinden soll. Alternativ käme die Verwendung des Infosys im Internet in Frage, wobei der Zugriff gefiltert werden kann.

2.2 Szenario 2: Zusammenführung des Infosys mit dem MiP

Während das MiP auf die Transaktion mit der Personalabteilung ausgelegt ist (Beantragung von Urlaub, Dienstreisen, Fortbildungen), wird das Infosys eher als Dokumentenmanagementsystem genutzt. Dies führt dazu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bremischen Verwaltung zunächst entscheiden (oder wissen) müssen, ob sie das Infosys für ihr Anliegen benutzen oder das MiP.

Die Zusammenführung dieser beiden Systeme stellt hierbei eine logische und sinnvolle Schlussfolgerung dar.

Hierbei bestehen zwei Möglichkeiten:

1. Integration des Infosys in das MiP und damit Übertragung der Verantwortlichkeit der Inhalte und Pflege vom Referat 36 (E-Government / Informationsmanagement / IT-Infrastrukturen und -dienste / Standardisierung) der Senatorin für Finanzen an das Referat 32 (Personalcontrolling und IT im Personalmanagement).
2. Vollständige Migration der beiden Systeme (ggf. auf Grundlage des KoGIs-Baukastens).

Beide Systeme müssten – um einen wirklichen Mehrwert zu erzielen – allerdings konzeptionell grundlegend überarbeitet und dann zusammengeführt werden, damit das Ergebnis im Frontend für die Nutzerinnen und Nutzer übersichtlich, klar verständlich und ansprechend erscheint und das Redaktionssystem im Backend leicht handhabbar und damit nutzbar ist. Letzteres wird von den Redakteurinnen und Redakteuren des MiPs aktuell insbesondere noch stark kritisiert.

Eine klare Trennung der Zuständigkeiten (beispielsweise bei der Betreuung der Nutzerinnen und Nutzer) und Verantwortlichkeiten bzw. das Zusammenspiel der beiden Referate hierbei ist ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Auch die Aspekte des Betriebs, der Administration, Datensicherheit und Datenschutz müssen in diesem Zusammenhang ggf. neu gestaltet werden.

Die KoGIs-Module werden sich allerdings nicht einfach integrieren lassen, da das MiP-System (bzw. der redaktionelle Teil) noch unter der Six-Version 5 realisiert wurde. Der KoGIs-Basismodulbaukasten ist derzeit unter Six 6 und bereits vereinzelt unter Six 7 im Einsatz, wird allerdings voraussichtlich im Sommer 2009 komplett auf die Version Six 7 umgestellt werden.

Welche Anpassungen hinsichtlich der technischen Komponenten erforderlich sind, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden, weil hierzu keinerlei Informationen vorliegen.

Zu guter Letzt muss der **uneingeschränkte Zugriff zu diesem Gesamtsystem** – zumindest für die Dokumente und Informationen aus dem früheren Infosys – gewährleistet bleiben.

2.3 Szenario 3: Übertragung der KoGIs-Module fürs Intranet

Nach Umsetzung des Szenarios 1 oder ggf. auch 2 könnte den Dienststellen ein Intranetserver zur Verfügung gestellt werden, auf dem diese eigene Intranetauftritte gestalten könnten.

Hierfür kommen zum einen die KoGIs-Basismodule (3a) und zum anderen die dezentralen Redakteursumgebungen von MiP (3b) in Frage. Zu der zweiten Möglichkeit liegen bislang keine Informationen zur Verfügung.

Bei 3a müssen analog zum Internet die gleichen Spielregeln und Vorgaben gelten wie bei der Nutzung des KoGIs-Modulbaukastens im Internet.

Die zugehörigen operativen Aufgaben könnte in diesem Fall das KoGIs zusätzlich übernehmen, da die gleiche Basiskomponente genutzt wird und dementsprechend deutlich Synergieeffekte erzielt werden können.

An dieser Stelle sei die Rückmeldung des Justizressorts besonders hervorgehoben, die die Vereinheitlichung der im Einsatz befindlichen Systeme in den Vordergrund stellt. Bei den Intranetlösungen besteht zum aktuellen Zeitpunkt der gleiche Ausgangspunkt wie bei den Internetauftritten vor drei Jahren. Die Dienststellen arbeiten mit ganz unterschiedlichen Systemen, die sich hinsichtlich des Reifegrades stark unterscheiden. Ziel sollte auch hier die Vereinheitlichung der Systeme sein.

„Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Medium für eine Internetlösung eine hohe Akzeptanz findet. Dies ist bei Einsatz von SixCMS und den KoGIS-Modulen gegeben, da hier ein sehr hoher Grad der Nutzung bereits vorliegt (alle Dienststellen der Justiz verfügen über

einen Internet-Auftritt unter Nutzung der KoGIS-Module). Die Administratoren und Redakteure haben dieses System als eine ergonomische und nutzerfreundliche Lösung akzeptiert.“⁴

2.4 Ausbaustufen der drei Szenarien

Um den Anforderungen der meisten Ressorts möglichst schnell nachzukommen, sollten entweder Szenario 1 und 3 bzw. 2 und 3 umgesetzt werden.

Darüber hinaus wurde der Bedarf an der Anbindung der Intranetauftritte an weitere Systeme (Active Directory, LDAP, verschlüsselter Datentransfer usw.) genannt. Dies kann und sollte in weiteren Ausbaustufen erfolgen, allerdings bereits bei der Umsetzung konzeptionell berücksichtigt werden (Schnittstellen, Ausbaustufen usw.).

Papiere zu diesen Themen wurden bereits 2006 und 2007 erstellt, müssten aufgrund der mangelnden Rückmeldungen der Ressorts ggf. neu bewertet werden.

⁴ Quelle: Rückmeldung des Ressorts Justiz über Herrn Manfred Kania